

**ILLUSTRIERENDE PRÜFUNGS-AUFGABEN
FÜR DIE SCHRIFTLICHE ABITURPRÜFUNG**

Teil 2: Erläuterungen und Lösungsvorschläge

Die Illustrierenden Prüfungsaufgaben (Teil 1: Beispielaufgaben, Teil 2: Erläuterungen und Lösungsvorschläge) dienen der einmaligen exemplarischen Veranschaulichung von Struktur, Anspruch und Niveau der Abiturprüfung auf grundlegendem bzw. erhöhtem Anforderungsniveau im neunjährigen Gymnasium in Bayern.

Politik und Gesellschaft
erhöhtes Anforderungsniveau

Erläuterungen und Lösungsvorschläge

Hinweise zur Bewertung

Die Lösungsvorschläge lassen sachlichen Gehalt, Art und Niveau der Beantwortung erkennen, ohne den Anspruch zu erheben, die einzig mögliche Lösung zu sein, sodass auch unterrichtliche Schwerpunktsetzungen bei der Bewertung berücksichtigt werden können.

Die mit „u. a.“ oder „v. a.“ eingeleiteten Antwortvorschläge müssen in der Schülerantwort zum Erreichen der maximalen Zahl an Bewertungseinheiten vollumfänglich vorhanden sein oder ggf. auch darüber hinausgehen. Demgegenüber muss die Schülerantwort bei folgenden Einleitungen den Lösungsvorschlägen nicht immer genau in allen skizzierten Aspekten entsprechen: „z. B.“, „ggf.“, „etwa“. Zur Orientierung der korrigierenden Lehrkraft handelt es sich hierbei um eine zwar relevante, aber auch als exemplarisch zu verstehende Auswahl der zu erwartenden Schülerantworten mit einem größeren Ermessensspielraum für die bewertende Lehrkraft.

Neben den inhaltlichen Aspekten (z. B. fachspezifisches Wissen, angemessene Begrifflichkeit, Methodenkompetenz) sind auch

- die Qualität der Darstellung
- ggf. die Adressatenorientierung sowie
- die situative Einbettung

der Aufgabe angemessen zu berücksichtigen.

Folgende Kriterien definieren die inhaltliche, argumentative und sprachliche Qualität der Schülerantwort und müssen bei der Bewertung Berücksichtigung finden:

- präzise Themaerschließung;
- sinnvoller Aufbau und schlüssige Argumentation;
- angemessener Grad der Reflexion;
- angemessene Fachterminologie;
- sprachliche Gewandtheit und Korrektheit;
- ggf. angemessene Berücksichtigung des beigefügten Materials.

Die angegebenen Bewertungseinheiten für die Aufgaben sind verbindlich.

Wenn sich Fragen auf das beigefügte Material beziehen, enthalten die Lösungsvorschläge zur Vereinfachung des Verfahrens die wesentlichen Inhalte in der Regel ohne Fundstellen.

Die Schülerinnen und Schüler zitieren in ihrer Antwort selbstverständlich den Regeln entsprechend.

FRIEDEN UND SICHERHEIT ALS MOTIVE DEUTSCHER AUßENPOLITIK UND DAS EUROPÄISCHE PROJEKT

Prüfungsteil A**Aufgabe 1****Stellen Sie den politikwissenschaftlichen Friedensbegriff dar!**

LB 12.1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen

Die Schülerinnen und Schüler...

- vergleichen verschiedene Friedens- und Kriegsdefinitionen, um zu einem **differenzierten Verständnis des Friedens- und Kriegsbegriffs zu gelangen und einen Einblick in politikwissenschaftliche Diskussionen zu bekommen.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- negativer und positiver Frieden, Frieden als Prozess

Die Aufgabe erfordert mit dem Operator „darstellen“ die Anforderungsebene I (Reproduktion). Dabei stehen die sichere Verwendung der Fachbegriffe sowie die Erläuterung des Zusammenhangs in der politikwissenschaftlichen Diskussion im Fokus.

Darstellung des politikwissenschaftlichen Friedensbegriffs, z. B.:

- negativer Frieden als Abwesenheit von Krieg oder direkter physischer Gewalt;
- positiver Friedensbegriff als Erweiterung des negativen Friedens durch Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Schaffung einer Kultur des Friedens zwischen Menschen innerhalb einer Gesellschaft und zwischen Gesellschaften;
- Unterstützung des Friedens als Prozess durch z. B. Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung.

Aufgabe 2.1**Ermitteln Sie die grundlegenden Zielsetzungen der deutschen Außenpolitik aus der Rede der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats in Mali im Jahr 2022 (M 1)!**

LB 12.1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen

Die Schülerinnen und Schüler...

- untersuchen (z. B. ausgehend von einem meinungsbildenden Zeitungstext) an einem aktuellen Beispiel Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, um wesentliche Motive und Einflussfaktoren zu begreifen und deren Beitrag zu Frieden und Sicherheit ggf. in Form eines Leserbriefs oder Forumsbeitrags zu beurteilen.
- **setzen sich mit einem aktuellen Auslandseinsatz der Bundeswehr als Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt auseinander** (z. B. Befragung einer Zeitzeugin bzw. eines Zeitzeugen oder einer Expertin bzw. eines Experten) und verschaffen sich einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen für Bundeswehreinsätze im In- und Ausland, um

die besondere Bedeutung der demokratischen Legitimation der Bundeswehr als sogenannte Parlamentsarmee wertzuschätzen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. Diplomatie, Bündnisse, Sanktionen
- Einflussfaktoren bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. historische Verantwortung, geostrategische Lage, Einbindung in internationale Organisationen, Wertvorstellungen des Grundgesetzes, wirtschaftliche Interessen, öffentliche Meinung

Der Operator „ermitteln“ signalisiert die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer), die sich hier in der Auswertung des Textes im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz zeigt. Die Fragestellung fokussiert die grundlegenden Zielsetzungen deutscher Außenpolitik, die die Lernenden abstrahiert vom Wortlaut des Textes wiedergeben. Die Aufgabe findet sich sowohl im grundlegenden als auch im erhöhten Anforderungsniveau wieder und veranschaulicht exemplarisch, dass das erhöhte Anforderungsniveau aus dem grundlegenden erwächst. Trotz des mittlerweile beschlossenen Abzugs der Bundeswehr aus Mali im Jahr 2024 zeigt diese Aufgabe wesentliche Zielsetzungen deutscher Außenpolitik, für die insbesondere Bundesaußenministerin Baerbock nach wie vor eintritt.

Ermitteln der grundlegenden Zielsetzungen deutscher Außenpolitik aus der Rede M 1 von Außenministerin Baerbock:

- Engagement im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Mali im Sinne der Einbettung in Systeme kollektiver Sicherheit und Verpflichtung aus internationalen Bündnissen;
- Schutz der Zivilbevölkerung und Ermöglichen einer positiven Entwicklungsperspektive für die malische Bevölkerung als Beispiel für weltweiten Einsatz für Sicherheit, Menschenrechte und Demokratie;
- Stabilisierung und Sicherheit für Mali sowie die Nachbarländer und mittelbar auch für Europa, etwa durch Bekämpfung von Terrorismus, Organisierter Kriminalität und Fluchtursachen;
- interdisziplinärer Ansatz aus Diplomatie, medizinischer Hilfe, Militär und Zivilgesellschaft als Beispiel für nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit;
- Gewährleistung der politischen Arbeit vor Ort durch militärischen Schutz.

Aufgabe 2.2

Begründen Sie ausgehend von M 1, dass in der bundesdeutschen Außenpolitik ein umfassender Sicherheitsbegriffs umgesetzt werden sollte!

LB 12.1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen

Die Schülerinnen und Schüler...

- gewinnen anhand konkreter Beispiele einen Überblick über zentrale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert sowie deren Wechselwirkungen, **um die zentrale Bedeutung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs für die internationale Konfliktbearbeitung nachzuvollziehen.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- umfassender Sicherheitsbegriff, z. B. Diplomatie, ressortgemeinsamer Ansatz, vernetzte Sicherheit als Zusammenarbeit vieler Politikbereiche, zivile und militärische Maßnahmen, multilaterale Zusammenarbeit

Mit dem Operator „begründen“ wird die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) verdeutlicht, die in diesem Fall von den Schülerinnen und Schülern eine ausgehend von Zitat und Text argumentativ schlüssige Entwicklung komplexer Grundgedanken verlangt. Die Formulierung „ausgehend von“ verweist darauf, dass der vorliegende Text aus Aufgabe 2.1 den Ausgangspunkt der anzustellenden Überlegungen bildet. Sie müssen aber in den in der Aufgabenstellung angelegten Kontext integriert werden. Gleichzeitig wird dabei erwartet, dass die Ausführungen der Lernenden über diese Aspekte hinausweisen und weitere selbstständig angeführte Gesichtspunkte berücksichtigen. Zusätzlich spielt die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) durch die Einbindung ausgewählter Informationen aus dem Text, die für die Begründung nutzbar gemacht werden können, indirekt eine Rolle. Ebenso wird eine (vorangestellte) Erläuterung des umfassenden Sicherheitsbegriffs gefordert.

Definition des umfassenden Sicherheitsbegriffs, z. B.:

- Erweiterung des Bedrohungsspektrums;
- Sicherheits- und Friedenspolitik als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder;
- gleichberechtigte Berücksichtigung ziviler und militärischer Instrumente des Krisenmanagements zur Gewährleistung der Sicherheit und mehrdimensionaler Ansatz mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Faktoren (siehe Zitat);
- Umsetzung im Rahmen einer vernetzten, multilateralen Kooperation;
- Einbezug der Entwicklungszusammenarbeit.

Begründen der Umsetzung des umfassenden Sicherheitsbegriffs in der bundesdeutschen Außenpolitik ausgehend von M 1, z. B.:

- aufgrund zahlreicher globaler Herausforderungen, wie Klimawandel, Terrorismus, Migration etc., begrenzte Wirksamkeit eines traditionellen, rein militärischen Sicherheitsbegriffs (vgl. M 1);
- Gewährleistung von Sicherheit nur durch Kooperation mit anderen Staaten und Verbündeten sowie Zusammenarbeit in internationalen Organisationen (vgl. M 1);
- präventiver Sicherheitsansatz der Bundeswehr als Garant sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen zur Absicherung der Maßnahmen anderer Akteure, z. B. von NGOs oder im Rahmen des UN-Mandats;
- mittel- und langfristige Gewährleistung von Sicherheit, etwa durch partnerschaftliche Beziehungen durch multinationale Kooperationen, auch im Bereich von Justiz und Polizei;
- Postulat der wertorientierten Außenpolitik als konzeptioneller Hintergrund der Umsetzung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs.

Die Schülerinnen und Schüler erkennen die grundsätzliche Notwendigkeit der Umsetzung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs in der bundesdeutschen Außenpolitik, die in der politischen Praxis unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Aufgabe 3

Verfassen Sie unter besonderer Berücksichtigung der digitalen Pinnwand (M 2) einen Vortragstext, in dem Sie zentrale Voraussetzungen für einen EU-Beitritt erläutern sowie Chancen und Herausforderungen einer Erweiterung aus Sicht der EU beurteilen!

LB 12.2: Das europäische Projekt verstehen und mitgestalten

Die Schülerinnen und Schüler...

- informieren sich über zentrale Voraussetzungen für die Aufnahme von Staaten in die EU, um die Aussichten und Hemmnisse für einen aktuellen Beitrittskandidaten und davon ausgehend die Chancen und Herausforderungen einer Erweiterung aus Sicht der EU zu beurteilen.
- vergleichen eigene Erfahrungen mit der Europäischen Union und **aktuelle Umfragen, z. B. Eurobarometer**, um den Einfluss der EU auf ihre Lebenswelt zu erfassen und ggf. in Form eines Schaubilds zu präsentieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Voraussetzungen einer EU-Mitgliedschaft: Kopenhagener Kriterien, Aufnahmefähigkeit der EU, internationale Rahmenbedingungen, geografische Lage

Die Grundlage der Aufgabenstellung bildet die Erläuterung zentraler Beitrittskriterien (Anforderungsebene II, Reorganisation und Transfer). Davon ausgehend beurteilen die Schülerinnen und Schüler Chancen und Herausforderungen einer EU-Erweiterung, wodurch die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) abgedeckt wird. Eingebettet wird die Beurteilung in einen Vortragstext, wodurch ein Bezug zur Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler hergestellt wird. Verlangt wird angesichts der Situierung die Verschriftlichung einer mündlichen Darstellungsform im Sinne eines Skripts für den Vortragstext. Mit der Formulierung „Vortragstext“ erfolgt gezielt eine deutliche Abgrenzung von der im Fach Deutsch verorteten stilistisch und sprachlich anspruchsvollen Schreibform Rede. Die stimmige Verwendung einiger Merkmale eines Vortragstext soll bei der Bewertung entsprechend berücksichtigt werden. Das erhöhte Anforderungsniveau zeigt sich u. a. in der Verwendung einer neuen, umfangreichen Materialart, mit der die Schülerinnen und Schüler arbeiten sollen. Das Material stellt einen Bezug zu modernen, digitalen Unterrichtsformen her. So kennen die Schülerinnen und Schüler bspw. durch ihre Arbeit mit Tablets die Erstellung von digitalen Pinnwänden, welche explizit auch im LehrplanPLUS vorgeschlagen werden („visualisieren z. B. in einem Schaubild oder einer digitalen Pinnwand“). Die Prüfungsaufgabe präsentiert den Schülerinnen und Schülern nun eine fertig erstellte Pinnwand mit unterschiedlichen Materialien und erfordert die Anforderungsebene II, die sich hier in der Auswertung des Textes im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz zeigt. Die Ergebnisse sollen anschließend in Hinblick auf Chancen und Herausforderungen einer EU-Erweiterung beurteilt werden. Die einzelnen Materialien sollen nicht im Detail vorgestellt werden, sondern zentrale, für die Situierung besonders geeignete Impulse im Vortrag aufgegriffen werden. Dabei können die Schülerinnen und Schüler exemplarisch vorgehen und individuelle Schwerpunkte setzen, wodurch die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) gefordert ist. Durch die Komplexität der Aufgabe und die Vielfalt an Materialien ist diese im erhöhten Anforderungsniveau verortet.

Darstellung der aktuellen Voraussetzungen für einen EU-Beitritt, v. a.:

- „Kopenhagener Kriterien“ als zentrale Voraussetzung für einen EU-Beitritt (vgl. Karte zu Mitgliedsstaaten):
 - politisches Kriterium: institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten,
 - wirtschaftliches Kriterium: funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit zum Standhalten des Wettbewerbsdrucks innerhalb des EU-Binnenmarktes,
 - Acquis-Kriterium: Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Rechts, des „gemeinschaftlichen Besitzstandes“ (Acquis communautaire);
- grundsätzliche Gewährleistung der Aufnahme- und Handlungsfähigkeit der EU.

Beurteilung der Chancen und Herausforderungen einer EU-Erweiterung:

Chancen einer EU-Erweiterung, z. B.:

- positive Signalwirkung für demokratisch und pro-europäisch gesinnte Staaten und Förderung der demokratischen Bewegungen, insbesondere für die schon in Verhandlung stehenden Länder des Westbalkans (vgl. Karte Beitrittskandidaten);
- Verbreitung und Festigung der Werte der EU wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte durch hohe Anpassungserwartungen an die Beitrittskandidaten (vgl. Zitate Schülerin Lea und Ursula von der Leyen);
- Stärkung der Rolle der EU in der internationalen Politik durch deren steigende Bevölkerungszahl und geographische Größe;
- Sicherung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses der EU in der Region, auch angesichts konkurrierender Mächte wie Russland und China;
- Ausweitung des Binnenmarktes und Erleichterung des Handels mit den potenziellen Beitrittskandidaten;
- zusätzliches Arbeitskräftepotential;
- Schutz von Investitionen und Gewährleistung von Sicherheits-, Produktions- und Umweltstandards durch das Acquis-Kriterium;
- Schutz der europäischen Sicherheitsordnung durch eine in die EU integrierte Ukraine (vgl. Eurobarometer).

Herausforderungen einer EU-Erweiterung, z. B.:

- begrenzte Kapazität der EU für eine finanzielle Förderung, politische Stabilisierung und Integration neuer Mitgliedsstaaten angesichts vielfältiger aktueller Herausforderungen;
- Erhöhung des institutionellen Reformbedarfs bei einem Anwachsen auf über 30 Mitglieder;
- Probleme wie Korruption, politische Instabilität sowie Grenzstreitigkeiten und ethnische Konflikte bei einzelnen Beitrittskandidaten;
- wirtschaftlich motivierte Wanderungsbewegungen durch die Personenfreizügigkeit als Belastung für Sozialsysteme und den gesellschaftlichen Frieden von EU-Staaten;
- Gefahr der Zunahme von Verteilungskonflikten und EU-Skepsis;
- möglicher neuer Konfliktherd durch eine direkte EU-Grenze zu Russland;

- langwierige Beitrittsprozesse mit Gefahr der Desillusionierung und Stagnation.

Die Schülerinnen und Schüler kommen zu einem begründeten Urteil, in das sie die digitale Pinnwand angemessen miteinbeziehen und den situativen Rahmen berücksichtigen.

Aufgabe 4

Erläutern Sie den Vorschlag Emmanuel Macrons vor dem Hintergrund eines ausgewählten Szenarios zur zukünftigen Entwicklung der EU!

LB 12.2: Das europäische Projekt verstehen und mitgestalten

Die Schülerinnen und Schüler...

- vergleichen (z. B. mithilfe der Szenariotechnik) verschiedene Szenarien zur künftigen Entwicklung der EU, um vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen Strategien für ein zukunftsfähiges Europa zu diskutieren und ggf. diese in einer Rede zur Zukunft des Projekts Europa darzustellen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Szenarien zukünftiger Entwicklungen der EU

Der Operator „erläutern“ verweist auf die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer). Die Formulierung „vor dem Hintergrund“ bindet das Hintergrundwissen zu den „Szenarios zur zukünftigen Entwicklung der EU“ in einen neuen Zusammenhang, in diesem Fall den „Vorschlag Emmanuel Macrons“ ein. Während die Aufgabe 3 vor allem eine europäische und deutsche Sichtweise auf eine mögliche EU-Erweiterung darstellt, werden die Schülerinnen und Schüler in Aufgabe 4 mit der des französischen Staatspräsidenten konfrontiert. Zugleich wird das Thema auf die zukünftige Entwicklung der EU geweitet. Die Aufgabe nimmt Bezug auf die im LehrplanPLUS erworbene Methodenkompetenz der Szenariotechnik, wobei die Schülerinnen und Schüler ihre Überlegungen auf ein schlüssiges Zukunftsszenario ihrer Wahl stützen sollen.

Erläuterung des Vorschlags Macrons vor dem Hintergrund eines Szenarios zur zukünftigen Entwicklung der EU, z. B.:

- Abzielen von Macrons Konzept der „politischen europäischen Gemeinschaft“ auf eine Art „assozierte“ EU-Mitgliedschaft für demokratische EU-Staaten;
- Integration Europas nicht zwangsläufig eine stetige Fortentwicklung, eher Szenario der „differenzierten Integration“ durch Zusammenarbeit in einigen Politikfeldern, wie Energie und Verkehr, ohne den Status eines Vollmitglieds der EU;
- integrativer Ansatz der politischen europäischen Gemeinschaft und Förderung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit über die bisherige EU hinaus und Stärkung des europäischen Gedankens;
- inhaltliche Nähe z. B. zum Modell „offener Gravitationsraum“:
 - unterschiedlich intensive Zusammenarbeit in verschiedenen Politikfeldern,
 - Einbindung unterschiedlicher Staaten, auch außerhalb der EU,
 - effiziente, beschleunigte Vertiefung der Integration,
 - Entfaltung einer Vorbildwirkung für zögernde Staaten bei erfolgreicher Umsetzung.

Die Schülerinnen und Schüler können sich auch auf ein anderes Zukunftsszenario stützen, etwa das Modell der „Vereinigten Staaten von Europa“ oder des „geschlossenen Kerneuropas“.

II

POLITISCHE THEORIE, POLITISCHE SYSTEME UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Prüfungsteil A
Aufgabe 1
Legen Sie zentrale Ideen des Liberalismus zur Gestaltung des Verhältnisses von Individuum und Staat dar!

LB 12.3: Politische Theorien und Utopien für die Gestaltung der Zukunft nutzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **untersuchen konkrete Konzepte zur Gestaltung des Verhältnisses von Individuum und Staat anhand wissenschaftlicher Texte**, um eine Entwicklung in der politischen Theorie ideengeschichtlich nachzuvollziehen.
- **analysieren ausgewählte Aspekte von Staatstheorien der Aufklärung (z. B. Gewaltenteilung, Menschenrechte, Volkssouveränität)** und verstehen sie vor ihrem historischen Hintergrund als utopische Denkmodelle, um davon ausgehend ihre Bedeutung als Grundlage moderner Demokratien zu reflektieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- **politische Theorie zum Verhältnis von Individuum und Staat:** Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus
- **staatstheoretische Ansätze in der Epoche der Aufklärung, von z. B. Locke, Montesquieu**

Die Aufgabe signalisiert durch den Operator „darlegen“ ihre Verortung auf Anforderungsebene I (Reproduktion). Niedrigschwellig wird zur Thematik des Verhältnisses von Individuum und Staat hingeführt, das im weiteren Verlauf der Prüfungsaufgabe aufgegriffen wird. Die Aufgabenstellung bezieht sich auf den nur im Leistungsfach verankerten Aspekt der Politischen Theorien. Durch die Beschränkung des Auftrags auf die Darlegung „zentrale[r] Ideen“ wird im Zusammenspiel mit den maximal erreichbaren Bewertungseinheiten signalisiert, dass eine Konzentration auf wesentliche Aspekte erwartet wird. Da der Liberalismus in hohem Maße von der Aufklärung beeinflusst wird, können die Ausführungen auch darauf verweisen.

Darlegung zentraler Ideen des Liberalismus zur Gestaltung des Verhältnisses von Individuum und Staat, z. B.:

- Menschenbild der Aufklärung als geistesgeschichtlicher Hintergrund des Liberalismus mit Fähigkeit zu Vernunft, Selbstbestimmung und Willensfreiheit;
- Freiheit des Einzelnen und Eigenverantwortung mit Grenzen der individuellen Freiheit bei Beeinträchtigung der Rechte anderer;
- Legitimierung der staatlichen Rechtsordnung durch Vertragstheorien;
- einerseits Staat als Voraussetzung für die Verwirklichung der Leitideen des Liberalismus (v. a. Grundrechte, Verfassung und staatliches Gewaltmonopol), andererseits Betonung der Notwendigkeit zur Beschränkung der staatlichen Macht zur Sicherung der Freiheit des Individuums;

- zurückhaltende Rolle des Staates in Bezug auf die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen mit Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen bei unterschiedlichen Auslegungen durch Theorie und politische Praxis;
- große Bedeutung der Gleichheit der rechtlichen und wirtschaftlichen Grundbedingungen ohne soziale Gleichheit der einzelnen Menschen in Staat und Gesellschaft als Ziel.

Aufgabe 2.1

Arbeiten Sie aus M 1 die Ursachen der Proteste im Iran heraus!

LB 12.4: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **vollziehen konkrete politische Entwicklungen als Ausdruck für einen möglichen Systemwandel nach**, um die Einordnung von Mischformen zwischen Demokratie und Diktatur zu diskutieren.
- **untersuchen** (z. B. ausgehend von einer Statistik) **den aktuellen Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung in Demokratie und Diktatur**, um z. B. im Rahmen einer Podiumsdiskussion Chancen und Gefahren für die Meinungs- und Informationsfreiheit zu diskutieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- **wesentliche Kriterien zur Bestimmung politischer Systeme, u. a. Formen der Partizipation, Ausprägungen der Gewaltenteilung und des Rechtsstaats**
- Dimensionen des Herrschaftsbegriffs: Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang, Herrschaftsanspruch, Herrschaftsweise, Herrschaftsmonopol, Herrschaftsstruktur
- **Menschenrechte als grundlegendes Unterscheidungsmerkmal von Demokratien und Diktaturen**
- **Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung**, z. B. Aufzeigen von Missständen, Entwicklung einer Gegenöffentlichkeit, politische Agitation, Manipulation

Der Operator „erarbeiten“ signalisiert die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer), die sich hier in der Auswertung des Textes im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz zeigt. Die Fragestellung richtet den Fokus auf einen Aspekt des Materials, nämlich die Ursachen für die Proteste, die die Schülerinnen und Schüler abstrahierend vom Wortlaut des Textes wiedergeben. Zentrale, schwer paraphrasierbare Aussagen können ggf. den Zitierregeln folgend als Zitat angeführt werden. Aufgrund seiner Länge und Komplexität scheint der Text für das erhöhte Anforderungsniveau besonders geeignet.

Herausarbeiten der Ursachen der Proteste im Iran aus M 1:

- Tod Mahsa Jina Aminis nach deren gewaltsamer Verhaftung wegen eines Verstoßes gegen die Kleidungs Vorschriften des Regimes;
- keine freien und fairen Wahlen, insbesondere Einflussnahme des Wächterrats zugunsten der Aufstellung regimetreuer Kandidaten;
- Wahl des ultrakonservativen Ebrahim Raisi zum Präsidenten trotz fehlender Unterstützung der Bevölkerung (vgl. die geringe Wahlbeteiligung ungeachtet der Sanktionierung der Wahlverweigerung und die hohe Zahl ungültiger Stimmen);

- Wirtschaftskrise und Verarmung der iranischen Mittelschicht als Folgen von Korruption und Missmanagement sowie der Wirtschaftssanktionen des Auslands;
- Einschränkung der politischen Willensbildung und -äußerung und weiterer Freiheitsrechte durch die Blockade digitaler Plattformen und die Gewalt der Sicherheitskräfte.

Aufgabe 2.2

Diskutieren Sie ausgehend von M 1 die Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung der iranischen Protestbewegung durch das demokratische Ausland!

LB 12.5: Möglichkeiten der Demokratieförderung beurteilen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **setzen sich mit Chancen und Grenzen der Demokratieförderung in der Welt auseinander, um eine realistische Einschätzung der politischen Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen.**
- **grenzen an einem Länderbeispiel innere und äußere Maßnahmen zur Demokratisierung voneinander ab**, visualisieren diese (z. B. in einem Schaubild oder einer digitalen Pinnwand) und reflektieren die Intentionen der Akteure.
- untersuchen das Zusammenwirken der Maßnahmen, **um grundlegende Chancen und Hemmnisse für Demokratisierungsprozesse zu diskutieren.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- Demokratisierungsprozesse von innen, z. B. Bildung von Interessenverbänden in der Zivilgesellschaft, Schaffung von Foren für politische Willensbildung, Ausbildung einer pluralen Öffentlichkeit, und **Maßnahmen von Demokratieförderung von außen, z. B. auf zivilgesellschaftlicher, wirtschaftlicher, diplomatischer bzw. militärischer Ebene**
- **Akteure von Demokratieförderung, u. a. zivilgesellschaftliche Gruppen, NGOs, IGOs, Nationalstaaten**

Mit dem Operator „diskutieren“ wird die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) verdeutlicht, die in diesem Fall von den Schülerinnen und Schülern verlangt, eine Argumentation zu entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt.

Die Formulierung „ausgehend von“ verweist darauf, dass der Text M 1 den Ausgangspunkt der Diskussion bildet. Im Text M 1 werden sowohl Möglichkeiten als auch Grenzen der Unterstützung der iranischen Protestbewegung durch das demokratische Ausland angesprochen. Sie müssen in den in der Aufgabenstellung angelegten Kontext integriert werden. Die Ausführungen der Schülerinnen und Schüler sollen über diese Aspekte hinausreichen und weitere, selbstständig entwickelte Gesichtspunkte berücksichtigen. Zu beachten ist dabei, dass vor dem Hintergrund des über M 1 vermittelten Wissens über den Iran kritisch zu diskutieren ist, inwiefern Maßnahmen der Demokratieförderung von außen in diesem speziellen Fall tatsächlich als Möglichkeiten gegeben sind bzw. welche Grenzen sich ergeben. In der eigenständigen Bewertung ist keine Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig. Entscheidend sind die argumentative Stringenz und die Überzeugungskraft, die jedoch nur bei entsprechender Untermauerung der Argumentation durch Begründungen und Belege entsteht.

Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung der iranischen Protestbewegung durch das demokratische Ausland ausgehend von M 1:

Möglichkeiten der Unterstützung, z. B.:

- Einsatz diplomatischer Möglichkeiten, z. B. durch Initiativen im Rahmen internationaler Organisationen zur Förderung der Einhaltung der Menschenrechte;
- finanzielle und logistische Unterstützung sowie Beratung von Trägerinnen und Trägern der Protestbewegung, etwa Bereitstellung von Software zur Umgehung von Internetsperren und zur Durchführung von Videokonferenzen;
- Unterstützung oppositioneller Exilorganisationen;
- Erreichen von Zugeständnissen durch die Nutzung von Druckmitteln wie der Abhängigkeit der iranischen Wirtschaft vom Zugang zum Weltmarkt und der Verringerung der Wirtschaftssanktionen;
- moralische Unterstützung der Protestbewegung sowie Ausüben von Druck auf die internationale Politik durch im Ausland lebende Iranerinnen und Iraner und die Weltöffentlichkeit.

Grenzen bei der Unterstützung, z. B.:

- hoher zeitlicher und organisatorischer Aufwand für die Bereitstellung etwa technischer Ausrüstung;
- geringe Einflussmöglichkeiten bei einem Staat mit wenig Interesse für die öffentliche Reputation im demokratischen Ausland;
- Verweigerung von Verhandlungen über das Atomabkommen als Druckmittel des Irans gegen Sanktionen des Auslands und weitere Verhandlungen;
- Gefahr des Verlusts der Legitimität der Protestbewegung sowie ihrer Instrumentalisierung bei zu offensiver Unterstützung durch das Ausland;
- Fokussierung der Weltgemeinschaft auf andere Konflikte;
- staatliches Agieren unter Maßgabe des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Grundannahme der Souveränität von Staaten.

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu einem differenzierten Fazit, das unter anderem die im Text angelegten Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung der iranischen Protestbewegung durch das demokratische Ausland berücksichtigt.

Aufgabe 3.1

Analysieren und interpretieren Sie den Auszug aus der Graphic Novel „1984“ (M 3) im Hinblick auf das dargestellte Verhältnis von Individuum und Staat!

LB 12.3: Politische Theorien und Utopien für die Gestaltung der Zukunft nutzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **setzen sich auf Basis ausgewählter politischer Theorien und Utopien bzw. Dystopien mit aktuellen Herausforderungen und Entwicklungstrends auseinander, um ihre Erkenntnisse für die Gestaltung der politisch-gesellschaftlichen Zukunft nutzbar zu machen.**
- **setzen sich mit einer zeitgenössischen Utopie bzw. Dystopie (z. B. in Form eines literarischen Werks, eines Films bzw. einer Fernsehserie, einer Graphic Novel) auseinander, um die dort aufgegriffenen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu erfassen und konkrete politische Maßnahmen sowie eigene Handlungsmöglichkeiten für deren Bewältigung zu entwickeln.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- **Utopien bzw. Dystopien: Definition, zentrale Merkmale**

- **zeitgenössische Utopien**

Die Basis der Aufgabenstellung bilden die Analyse und Interpretation eines Auszugs aus einer Graphic Novel, die auf Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz zu verorten sind. Der Fokus wird dabei auf das Verhältnis von Individuum und Staat gerichtet. Die Aufgabenstellung bezieht sich auf den nur im Leistungsfach verankerten Lernbereich „Politische Theorien und Utopien für die Gestaltung der Zukunft nutzen“.

Analyse und Interpretation von M 3 im Hinblick auf das dargestellte Verhältnis von Individuum und Staat, z. B.:

- fast vollständige Überwachung des Einzelnen durch den Staat, v. a. durch den Einsatz von Teleschirmen;
- Hinweise auf die staatliche Indoktrinierung des Einzelnen, z. B. durch den Teleschirm (vgl. Panel 1), durch die Tätigkeit Winston Smiths (vgl. Text) und die Visualisierung des großen staatlichen Einflusses auf den Einzelnen, z. B. durch das weitgehende farbliche Verschmelzen von Winston Smith mit dem Hintergrund in vielen Panels;
- Versuch der Wiedererlangung einer gewissen, partiellen Individualität durch den Rückzug in einen optisch für den staatlichen Überwachungsapparat nicht einsehbaren Teil des Zimmers und das Führen persönlicher Aufzeichnungen trotz der zu erwartenden drakonischen Strafe;
- Visualisierung der Gefährlichkeit des Bewahrens von Individualität durch Tagebucheinträge durch den rötlichen Hintergrund in Panel 3 sowie die glimmende Glut bzw. die Farbkontraste in Panel 2;
- ärmliche Lebenssituation des Einzelnen als Folge der Diktatur, etwa durch Raumausstattung (vgl. Panel 1);
- Veranschaulichung der Willkürherrschaft und des fehlenden Schutzes der Freiheitsrechte des Einzelnen vor dem staatlichen Zugriff aufgrund fehlender Rechtsstaatlichkeit (vgl. Panel 4).

Aufgabe 3.2

Die von Ihnen geplante Ausstellung will Utopien und Dystopien zeigen, die sich auf aktuelle Herausforderungen beziehen. Beurteilen Sie, inwiefern der Auszug aus M 3 geeignet ist, aktuelle gesellschaftliche und politische Herausforderungen weltweit zu veranschaulichen!

LB 12.3: Politische Theorien und Utopien für die Gestaltung der Zukunft nutzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **setzen sich mit einer zeitgenössischen Utopie bzw. Dystopie (z. B. in Form eines literarischen Werks, eines Films bzw. einer Fernsehserie, einer Graphic Novel) auseinander, um die dort aufgegriffenen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu erfassen** und konkrete politische Maßnahmen sowie eigene Handlungsmöglichkeiten für deren Bewältigung zu entwickeln.

Inhalte zu den Kompetenzen

- **Utopien bzw. Dystopien: Definition, zentrale Merkmale**
- **zeitgenössische Utopien**

- **politisch-gesellschaftliche Funktionen von Utopien bzw. Dystopien, z. B. Gegenwartskritik, Warnung vor Fehlentwicklungen, Entwicklung und Vermittlung von Idealvorstellungen, z. B. im Bereich der Gesellschaftsordnung, des Verhältnisses von Natur und Mensch, Antrieb zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse**

Die Aufgabenstellung greift die im Vorspann der Aufgabe erwähnte Situierung auf. Der Operator „beurteilen“ verweist auf die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung). Von den Schülerinnen und Schülern wird ein eigenständiges Urteil mit individuellen, begründeten Schwerpunktsetzungen verlangt. Dabei ist keine Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig. Vielmehr sind die gedankliche Durchdringung und eine überzeugende argumentative Darstellung entscheidend. Die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) spielt durch die Einbindung ausgewählter Aspekte des Auszugs aus der Graphic Novel, die für die Beurteilung nutzbar gemacht werden können, indirekt eine Rolle.

Beurteilung der Eignung von M 3 zur Veranschaulichung aktueller gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen weltweit, z. B.:

- Gefährdung der Demokratie in vielen Staaten als aktueller Bezugspunkt für die Warnung vor einer Diktatur, z. B. Einschränkung der Menschenrechte;
- fehlende Rechtsstaatlichkeit als Verweis auf Schwächung der Judikative gerade in Demokratien;
- weitreichender Einfluss staatlicher Propaganda in Diktaturen auf Meinungsvielfalt und Pluralität;
- aktuelle technische Möglichkeiten zur Überwachung des Einzelnen und die damit verbundene Gefahr des Missbrauchs durch die Privatwirtschaft bzw. insbesondere durch Diktaturen;
- Verlust der Privatsphäre, vielfach allerdings – anders als in M 3 – aufgrund einer selbst verantworteten Preisgabe intimer Details über das eigene Leben im Internet.

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu einem begründeten Urteil, bei dem sie individuelle Schwerpunkte setzen können und ggf. das Fehlen weiterer zentraler aktueller Herausforderungen thematisieren, etwa im Bereich der Cyberkriminalität, der Folgen des Klimawandels, militärischer Konflikte, der Migration sowie der sozialen Ungleichheit. Dabei können sie insbesondere angesichts des situativen Rahmens auch Mittel der Darstellung in der Graphic Novel berücksichtigen.

III

SOZIOLOGISCHE THEORIE, MODERNISIERUNGSPROZESSE UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF
GESELLSCHAFT UND POLITIK

Prüfungsteil A

Aufgabe 1

Stellen Sie die vier grundlegenden Dimensionen des Modernisierungsprozesses im Überblick dar!

LB 13.1: Soziologische Theorien als Erklärungsansätze für die moderne Gesellschaft nachvollziehen und für die eigene Lebenswelt reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- vollziehen wissenschaftliche Definitionen für die soziologischen Fachbegriffe Domestizierung, Differenzierung, Rationalisierung und Individualisierung nach, **um sich einen Überblick über zentrale Dimensionen der gesellschaftlichen Modernisierung zu verschaffen.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- **Dimensionen von Modernisierung: Domestizierung, Differenzierung, Rationalisierung und Individualisierung**

Die Aufgabe erfordert mit dem Operator „darstellen“ die Anforderungsebene I (Reproduktion). Der nur im Leistungsfach verankerte eigenständige Lernbereich zu Soziologischen Theorien wird abgeprüft. Durch die Formulierung „im Überblick“ wird verdeutlicht, dass die Dimensionen nur grundsätzlich, aber nicht detailliert dargestellt werden müssen. Die sichere Verwendung der Fachbegriffe ist unverzichtbar.

Darstellung der vier grundlegenden Dimensionen des Modernisierungsprozesses im Überblick:

- Domestizierung: Loslösung des Individuums aus seiner biologischen und natürlichen Begrenzung sowie Versuch der Beeinflussung;
- Differenzierung: Aufgliederung der Gesellschaft von einem homogenen Ganzen in Teileinheiten mit je eigenem Charakter und spezialisierten Funktionen;
- Rationalisierung: Orientierung von Denken und Handeln an Berechenbarkeit und Empirie sowie Ablehnung irrationaler und traditionaler Wahrnehmungskategorien mit dem Ziel höherer Effizienz und der Beherrschbarkeit der Welt;
- Individualisierung: Herauslösung des Menschen aus traditionellen sozialen Kontexten und Interaktion des Individuums mit verschiedenen, räumlich voneinander abgetrennten sozialen Einheiten mit vielfältigen Möglichkeiten zur Gestaltung des eigenen Lebensentwurfs.

Aufgabe 2.1

Arbeiten Sie aus dem Text von Heike Holdinghausen (M 1) Grundlagen der betrieblichen Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Maßnahmen zur Stärkung betrieblicher Mitbestimmung angesichts der Herausforderungen durch Robotik und KI heraus!

LB 13.2: Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- **untersuchen an einem Beispiel politische Maßnahmen zur Bewältigung der durch Robotik und KI verursachten Herausforderungen in der Arbeitswelt** und bewerten deren Wirksamkeit.
- **erarbeiten auch unter Einbeziehung der Einschätzungen von Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern die Rolle der Gewerkschaften in der modernen Arbeitswelt**, um die Möglichkeiten organisierter Interessenvertretung zu beurteilen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- durch Robotik und KI verursachte Herausforderungen in der Arbeitswelt, z. B. Abhängigkeit von Technik, unklare Zuordnung von rechtlicher Verantwortung, Gefahr der Diskriminierung durch Algorithmen, Folgen für den Arbeitsmarkt
- Rolle und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in der modernen Arbeitswelt

Der Operator „herausarbeiten“ signalisiert die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer), die sich hier in der Auswertung des Textes im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz zeigt. Die Fragestellung fokussiert zwei Aspekte des Materials, die die Lernenden abstrahiert vom Wortlaut des Textes wiedergeben. Zentrale, schwer paraphrasierbare Aussagen des Textes können ggf. den Zitierregeln folgend als Zitat angeführt werden. Die Aufgabenstellung bezieht sich auf eine nur auf erhöhtem Anforderungsniveau verankerte Kompetenzerwartung sowie auf die entsprechenden Inhalte zu den Kompetenzen und greift das Thema Gewerkschaften anhand des aktuellen „Gesetzes zur Förderung der Betriebsratswahlen und der Betriebsratsarbeit in einer digitalen Arbeitswelt“ aus dem Jahr 2021 auf.

Herausarbeiten der Grundlagen der betrieblichen Mitbestimmung aus M 1:

- Regelung im bis heute gültigen Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) von 1952;
- Anspruch auf Gründung von Betriebsräten in privatwirtschaftlichen Unternehmen ab einer Größe von fünf Beschäftigten;
- Mitsprache bei allen die Arbeitnehmerinteressen tangierenden Entscheidungen der Unternehmensführung.

Herausarbeiten der Maßnahmen zur Stärkung betrieblicher Mitbestimmung aus M 1:

- Recht des Betriebsrats auf von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern finanzierte Expertise bezüglich der Folgen von KI für die Beschäftigten;
- Zustimmungspflicht des Betriebsrats bei der Anschaffung potentiell zur Überwachung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tauglicher technischer Einrichtungen;
- (indirekte) Mitbestimmung über Betriebsvereinbarungen und Rahmenabkommen zwischen Beschäftigten und Unternehmensführung zur Qualifizierung und Weiterbildung;
- Möglichkeit zur Anrufung einer Einigungsstelle bei Dissens in Bezug auf betriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Aufgabe 2.2

Beurteilen Sie ausgehend vom Text M 1, inwiefern die Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Digitalisierung in der Arbeitswelt ausreichend gewährleistet ist!

LB 13.2: Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- diskutieren aktuelle Entwicklungen in privater und beruflicher Lebenswelt, um den differenzierten und vorurteilsfreien Blick auf die gesellschaftliche Pluralität zu schärfen.
- untersuchen an einem Beispiel politische Maßnahmen zur Bewältigung der durch Robotik und KI verursachten Herausforderungen in der Arbeitswelt und bewerten deren Wirksamkeit.
- erarbeiten auch unter Einbeziehung der Einschätzungen von Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern die Rolle der Gewerkschaften in der modernen Arbeitswelt, um die Möglichkeiten organisierter Interessenvertretung zu beurteilen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- durch Robotik und KI verursachte Herausforderungen in der Arbeitswelt, z. B. Abhängigkeit von Technik, unklare Zuordnung von rechtlicher Verantwortung, Gefahr der Diskriminierung durch Algorithmen, Folgen für den Arbeitsmarkt
- Rolle und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in der modernen Arbeitswelt

Mit dem Operator „beurteilen“ wird die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) verdeutlicht, die in diesem Fall von den Schülerinnen und Schülern ein eigenständiges Urteil mit individuellen, begründeten Schwerpunktsetzungen verlangt. Für eine positive Bewertung ist keine vollständige Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig, vielmehr sind die gedankliche Durchdringung und überzeugende argumentative Darstellung entscheidend. Die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) spielt durch die Einbindung ausgewählter Informationen aus dem Text, die für die Beurteilung nutzbar gemacht werden können, indirekt eine Rolle. Das Thema aus der ersten Teilaufgabe wird in einem neuen Zusammenhang aufgegriffen.

Beurteilung der Gewährleistung der Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Digitalisierung in der Arbeitswelt ausgehend vom Text M 1:

Aspekte, die für eine ausreichende Gewährleistung sprechen, z. B.:

- gesetzliche Institutionalisierung von Gremien wie den Betriebsräten und von Gewerkschaften als Vertreter der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie als potentielle Moderatoren des digitalen Veränderungsprozesses in den Betrieben (vgl. M 1);
- Bereitschaft des Staates zu modifizierenden gesetzgeberischen Eingriffen, etwa durch Betriebsrätemodernisierungsgesetz (vgl. M 1);
- weitere Möglichkeiten zur Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer Vielzahl von Parteien, Verbänden und Initiativen;
- mediale Aufmerksamkeit bei einer gerade der Digitalisierung gegenüber kritischen Öffentlichkeit;
- starke Verhandlungsposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angesichts eines Mangels an gut ausgebildeten Fachkräften gerade im digitalen Bereich.

Aspekte, die gegen eine ausreichende Gewährleistung sprechen, z. B.:

- Schwächung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften durch den insgesamt zu geringen Organisationsgrad von Beschäftigten in Betriebsräten, v. a. in Ostdeutschland (vgl. M 1);
- weiterhin vorhandene Gesetzeslücken, etwa fehlende Zustimmungspflicht beim Einsatz von potentiell zur Überwachung geeigneten Robotern in Vertrieb und Produktion (vgl. M 1);
- Unternehmen der Plattformökonomie, etwa Lieferdienste oder Reinigungsfirmen ohne feste Betriebsstätten, als neue Herausforderung aufgrund des Fehlens traditioneller Orte gewerkschaftlicher Mitbestimmung (vgl. M 1);
- endgültige Entscheidung über Notwendigkeit von durch die Digitalisierung verursachten Qualifizierungsmaßnahmen auch weiterhin allein bei der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber (bei fehlendem Einigungszwang zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) (vgl. M 1);
- Unterlaufen von nationalen Richtlinien zur betrieblichen Mitbestimmung durch marktmächtige, global operierende Konzerne, insbesondere mit Firmensitz im bzw. Angebot von digitalen Dienstleistungen aus dem Ausland;
- abnehmende Verbindlichkeit nationaler Regelungen bei einem sich immer stärker globalisierenden Arbeitsmarkt;
- Schnelligkeit des digitalen Wandels gegenüber der Schwerfälligkeit nationaler Gesetzgebung bzw. der Langwierigkeit und Komplexität pluraler Aushandlungsprozesse in einer Demokratie (Gemeinwohlfestlegung a posteriori).

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu einem individuellen abschließenden Urteil.

Aufgabe 3.1

Analysieren Sie die Statistik M 2 und bewerten Sie anschließend, inwiefern sie geeignet ist, die Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der deutschen IT-Branche darzustellen!

LB 13.2: Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- **analysieren Kontinuität und Veränderung von Geschlechterrollen** (z. B. anhand von Karikaturen, Werbefilmen oder Social-Media-Beiträgen), um deren Wirkung auf die eigene Geschlechtsidentität als Identifikationsangebot und als Begrenzung der eigenen Identität zu diskutieren.
- **identifizieren offene und verdeckte Hierarchien zwischen den Geschlechtern am Beispiel des Berufslebens**, um die Wirksamkeit politischer Maßnahmen zum Abbau von Sexismus zu reflektieren.
- **vergleichen Ziele und tatsächliche Wirkung** verschiedener familienpolitischer Maßnahmen, um Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns im privaten Bereich zu bewerten.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Geschlechterrollen im Wandel: Hierarchien zwischen den Geschlechtern, Emanzipation

- Definition von Sexismus, Beispiele aus der Arbeitswelt und staatliche Gegenmaßnahmen, z. B. Quotenregelungen
- Benachteiligungen von Frauen im Berufsleben, u. a. Gender Pay Gap, und politische Maßnahmen zum Abbau von Sexismus im Berufsleben

Die Basis der Aufgabenstellung bildet die Analyse der Statistik, die auf Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz zu verorten ist. Davon ausgehend bewerten die Schülerinnen und Schüler auf Grundlage ihrer Urteils- und Wertekompetenz deren Eignung zur Darstellung der Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der deutschen IT-Branche, wodurch die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) abgedeckt wird. Dabei können verschiedene methodische, inhaltliche, grafische sowie wertebezogene Aspekte berücksichtigt und unterschiedlich gewichtet werden. Das erhöhte Anforderungsniveau zeigt sich besonders in der Verknüpfung von Analyse und Eignungsprüfung in einer Teilaufgabe.

Analyse der Statistik M 2, z. B.:

- Einschätzung der Gründe für geringe Anzahl an weiblichem Führungspersonal in der IT-Branche durch Diversity-Verantwortliche, Gleichstellungsbeauftragte, HR-Manager und Geschäftsführer von 504 IT-Unternehmen;
- Auflistung nach Häufigkeit der Nennung möglicher Faktoren für den Mangel an weiblichen Führungskräften (in absteigender Reihenfolge) in Prozent;
- mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf als am häufigsten genannter Faktor (62 Prozent) fast gleichauf mit dem Fehlen geeigneter Kandidatinnen (61 Prozent);
- wenig ausgeprägtes weibliches Netzwerken als am seltensten angeführter Faktor (13 Prozent);
- insgesamt leichtes Überwiegen allgemeiner branchentypischer Faktoren für die Ungleichheit der Geschlechter (deutlich über 40 Prozent Zustimmung zu möglichen Aspekten klassischer geschlechtsspezifischer Benachteiligung gegenüber zwei spartenspezifischen Problemen);
- fehlende Gleichstellung von Männern und Frauen in Führungspositionen in der IT-Branche sowohl als strukturelles wie auch – in etwas geringerem Maße – branchentypisches Problem.

Bewertung der Eignung der Statistik M 2:

Aspekte, die für die Eignung der Statistik M 2 sprechen, z. B.:

- einfache Lesbarkeit und optisch ansprechende Darstellung;
- Expertise einschlägiger Spezialistinnen und Spezialisten des Fachgebiets aus den jeweiligen Unternehmen;
- einfache Möglichkeit zur Ableitung von Handlungsempfehlungen hinsichtlich einer Verbesserung der Situation für weibliche Führungskräfte bzw. Beschäftigte in der IT-Branche.

Aspekte, die gegen die Eignung der Statistik M 2 sprechen, z. B.:

- missverständliche und klischeehafte Illustration;
- Fremdeinschätzung statt Selbstauskunft der betroffenen Frauen;

- methodische Mängel, etwa vergleichsweise geringe Datenbasis bzw. keine absoluten Zahlen, keine Aussagen zur Vorgabe von Antworten oder Möglichkeit der Mehrfachnennung;
- kein Aufschluss über Zustandekommen der jeweiligen Einschätzung wegen fehlender Kenntnis der tatsächlichen Größe und des Tätigkeitsfelds der befragten Unternehmen;
- problematische Überschneidung bzw. fehlende Trennschärfe bei einigen Faktoren, etwa „Gläserne Decke“;
- nicht immer schlüssige Beantwortung hinsichtlich sich, zumindest indirekt, bedingender Faktoren, etwa bei der relativ niedrigen Bewertung des Einflusses traditioneller Rollenbilder (22 Prozent) im Gegensatz zur hohen Bewertung der „mangelnde[n] Vereinbarkeit“ (61 Prozent) bzw. der „Hürden beim Wiedereinstieg nach Elternzeit“ (52 Prozent).

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu dem Fazit, dass die Statistik nur bedingt geeignet ist, den Stand der Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der deutschen IT-Branche fundiert zu belegen.

Aufgabe 3.2

Erläutern Sie zwei staatliche Strategien zur Verringerung der sozialen Ungleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt!

LB 13.2: Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- **analysieren Kontinuität und Veränderung von Geschlechterrollen** (z. B. anhand von Karikaturen, Werbefilmen oder Social-Media-Beiträgen), um deren Wirkung auf die eigene Geschlechtsidentität als Identifikationsangebot und als Begrenzung der eigenen Identität zu diskutieren.
- **identifizieren offene und verdeckte Hierarchien zwischen den Geschlechtern am Beispiel des Berufslebens, um die Wirksamkeit politischer Maßnahmen zum Abbau von Sexismus zu reflektieren.**
- **vergleichen Ziele und tatsächliche Wirkung verschiedener familienpolitischer Maßnahmen, um Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns im privaten Bereich zu bewerten.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- familienpolitische Maßnahmen, z. B. Regelungen zu Elterngeld und Elternzeit, steuerrechtliche Vorteile für verheiratete Paare oder Familien, Ehestandsrecht
- Geschlechterrollen im Wandel: Hierarchien zwischen den Geschlechtern, Emanzipation
- Definition von Sexismus, Beispiele aus der Arbeitswelt und staatliche Gegenmaßnahmen, z. B. Quotenregelungen
- Benachteiligungen von Frauen im Berufsleben, u. a. Gender Pay Gap, und politische Maßnahmen zum Abbau von Sexismus im Berufsleben

Der Operator „erläutern“ verweist auf die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer). Der Begriff „Strategien“ meint hier mittelfristiges staatliches Handeln, das auf ein klares Ziel hin ausgerichtet ist und in konkreten Maßnahmen seine Umsetzung findet. Eine Auswahl dieser Maßnahmen sollten die Lernenden aufgrund der Lehrplanvorgaben bereits im Unterricht in einem ähnlichen Zusammenhang reflektiert haben.

Erläuterung von zwei staatlichen Strategien zur Verringerung der sozialen Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt, z. B.:

- Ermöglichung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, etwa durch den Ausbau von staatlichen Angeboten zur Kinderbetreuung;
- Förderung des Abbaus von Geschlechterstereotypen in der Berufswelt, etwa durch schulische Aktionstage, z. B. „Boy’s Day“ und „Girl’s Day“;
- Steigerung der Anzahl weiblicher Beschäftigter in bestimmten Berufsfeldern mit hohem Verdienst, etwa durch gezielte Förderung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich;
- Einführung verbindlicher Quotenregelungen für Frauen in Führungspositionen.

IV

INTERNATIONALE KONFLIKTBEARBEITUNG VOR DEM HINTERGRUND DES VÖLKERRECHTS

Prüfungsteil A**Aufgabe 1****Beschreiben Sie die Rolle von Internationalen Regierungsorganisationen (IGOs) und von international tätigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs)!**

Die Schülerinnen und Schüler ...

- **setzen sich** mit Konflikten in der internationalen Politik sowie **mit deren Akteuren auseinander** und diskutieren vor diesem Hintergrund Möglichkeiten und Grenzen des Völkerrechts.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- **staatliche, transnationale sowie supranationale Akteure der internationalen Politik sowie ausgewählte Beispiele für IGOs, NGOs und Wirtschaftsunternehmen**

Der Operator „beschreiben“ verlangt im erhöhten Anforderungsniveau wesentliche Aspekte der Rolle in einem logischen Zusammenhang und geht über ein reines Aufzählen hinaus. Die Aufgabenstellung aus dem Anforderungsbereich I (Reproduktion) übernimmt in der Formulierung die entsprechende Kompetenzerwartung und prüft im Unterricht erarbeitete Inhalte ab.

Beschreibung der Rolle von Internationalen Regierungsorganisationen (IGOs), z. B.:

- auf Dauer angelegter Zusammenschluss von Staaten auf Basis von Verträgen;
- z. T. Anerkennung als Völkerrechtssubjekte;
- internationales Agieren v. a. durch Diplomatie, Verträge und Gipfeltreffen bei unterschiedlichen Intentionen, Befugnissen und Einflussmöglichkeiten;
- Engagement auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene zur Bewältigung regionaler und globaler Herausforderungen.

Beschreibung der Rolle international tätiger Nichtregierungsorganisationen (NGOs), z. B.:

- zivilgesellschaftliche Organisationen;
- in der Regel keine vollwertigen Völkerrechtssubjekte;
- zunehmende Akzeptanz als Verhandlungspartner in der internationalen Politik;
- in der Regel Konzentration auf ein politisches Handlungsfeld, z. B. Menschenrechte, medizinische Versorgung, Umweltschutz, Korruptionsbekämpfung;
- vielfältige Betätigungsfelder, z. B. konkrete Hilfsangebote vor Ort, Schulungen, Aufklärungskampagnen;
- Schaffen von öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit;
- Bemühen um Herstellung einer internationalen Zivilgesellschaft.

Aufgabe 2.1

Ermitteln Sie aus dem ersten Teil des Interviews M 1 (Z. 1-32) die Ausführungen des Völkerrechtlers Matthias Herdegen zum Kriegsbegriff!

Die Schülerinnen und Schüler ...

- **vollziehen zentrale völkerrechtliche Entwicklungen in den Bereichen Menschenrechte und Kriegsführung** nach, um diese grafisch (z. B. in Form einer Infografik oder einer digitalen Pinnwand) zu präsentieren und das Bemühen um international verbindliche Regelungen als eine Konfliktlösungsstrategie zu reflektieren.
- **untersuchen Merkmale und Auswirkungen zunehmender Privatisierung und Kommerzialisierung von Akteuren im Rahmen militärischer Interventionen**, um staatliche und völkerrechtliche Kontroll- und Regulierungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Kennzeichen des Völkerrechts: **souveräne Staaten als Rechtssubjekte**, Gewohnheitsrecht, sogenanntes Weiches Recht und **Kodifizierung in internationalen Verträgen**, eingeschränkte Sanktionierbarkeit
- **Diskussionen um völkerrechtliche Entwicklungen**: Durchsetzung des Verbots von Angriffskriegen, Umgang mit autonomen Waffensystemen, **humanitäres Völkerrecht**, z. B. Auslegung und Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention
- **Entwicklungen im militärischen Bereich: private Sicherheitsfirmen, „modernes Söldnertum“**, **Geltungsbereich des staatlichen Gewaltmonopols**

Im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz wird hier mit dem Operator „ermitteln“ eine reine Textarbeit verlangt. Die Fragestellung greift inhaltlich völkerrechtliche Entwicklungen im Bereich der Kriegsführung auf und orientiert sich damit an Lehrplaninhalten und an der entsprechenden Kompetenzerwartung. Das Thema und die Textsorte Interview entsprechen dem Beispiel des grundlegenden Anforderungsniveau, der ausgewählte Text jedoch ist inhaltlich und sprachlich deutlich anspruchsvoller und garantiert so das erhöhte Anforderungsniveau.

Ermitteln der Ausführungen des Völkerrechtlers Matthias Herdegen zum Kriegsbegriffs aus dem ersten Teil des Interviews M 1 (Z. 1-32):

- förmliche Erklärung des Kriegszustands seit dem Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen außer Gebrauch;
- Kriegszustand bei direkter militärischer Konfrontation zwischen Staaten bzw. Bündnissystemen;
- Geltung des Humanitären Völkerrechts bzw. Kriegsvölkerrechts im Kriegszustand;
- Problematisierung der hybriden Kriegsführung als „Grauzone“ zwischen Friedens- und Kriegszustand.

Aufgabe 2.2

Arbeiten Sie aus dem weiteren Verlauf des Interviews M 1 (Z. 33-73) die dargestellten Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofs heraus!

Die Schülerinnen und Schüler ...

- **untersuchen den Internationalen Strafgerichtshof als Beispiel einer völkerrechtlichen Institution**, um die Bedeutung seiner Rechtsetzung vor dem Hintergrund nationaler Souveränität zu beurteilen und dessen Einsatz für Menschenrechte wertzuschätzen.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- **Aufbau und Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofs** und der Einfluss seiner Rechtsetzung

Die Aufgabenstellung bezieht sich auf den zweiten Teil des Interviews. Das komplexe und anspruchsvolle Material eignet sich besonders für das erhöhte Anforderungsniveau und ermöglicht durch den Umfang die Anbindung zweier unterschiedlicher Aufgabenstellungen auf der Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer), sodass kein weiteres Material notwendig ist. Die Fragestellung erfordert mit dem Operator „herausarbeiten“ die Sozialwissenschaftliche Methodenkompetenz, wobei durch die Zeilenangaben die Analyse der großen Textmenge bewältigbar wird.

Herausarbeiten der dargestellten Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofs aus dem weiteren Verlauf des Interviews M 1 (Z. 33-73):

- Feststellung der strafrechtlichen Verantwortung nur von Individuen aus Mitgliedsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH);
- Strafverfolgung bei Tatbegehung in einem Mitgliedsstaat;
- Tätigwerden auf Antrag eines Vertragsstaates;
- Subsidiarität im Hinblick auf nationale Strafverfolgungsbehörden;
- Ermittlungen des IStGH basierend auf dem Römischen Statut.

Aufgabe 2.3

Diskutieren Sie vor dem Hintergrund des „Epochenbruch[s]“ (Z. 27) Möglichkeiten und Grenzen des Völkerrechts!

Die Schülerinnen und Schüler ...

- erarbeiten wesentliche Kennzeichen des Völkerrechts und begreifen **dessen Einfluss auf internationale Beziehungen, um Chancen und Hemmnisse internationaler Kooperation zu diskutieren.**
- vollziehen zentrale völkerrechtliche Entwicklungen in den Bereichen Menschenrechte und **Kriegsführung** nach, um diese grafisch (z. B. in Form einer Infografik oder einer digitalen Pinnwand) zu präsentieren und das **Bemühen um international verbindliche Regelungen als eine Konfliktlösungsstrategie zu reflektieren.**
- untersuchen Merkmale und **Auswirkungen zunehmender Privatisierung und Kommerzialisierung von Akteuren im Rahmen militärischer Interventionen**, um staatliche und völkerrechtliche Kontroll- und Regulierungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Kennzeichen des Völkerrechts: **souveräne Staaten als Rechtssubjekte**, Gewohnheitsrecht, sogenanntes Weiches Recht und **Kodifizierung in internationalen Verträgen, eingeschränkte Sanktionierbarkeit**

- **Diskussionen um völkerrechtliche Entwicklungen: Durchsetzung des Verbots von Angriffskriegen**, Umgang mit autonomen Waffensystemen, **humanitäres Völkerrecht**, z. B. Auslegung und Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention
- **Entwicklungen im militärischen Bereich**: private Sicherheitsfirmen, „modernes Söldnertum“, **Geltungsbereich des staatlichen Gewaltmonopols**

Der Operator „diskutieren“ fordert die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) ein. Die Bezugnahme auf den Begriff des „Epochenbruchs“ aus M 1 bindet die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) durch den Rückgriff auf den Text ein. Die Aufgabenstellung verlangt für eine positive Bewertung eine Antwort, die Möglichkeiten und Grenzen des Völkerrechts abwägt und zu einem abschließenden Urteil gelangt. Dabei zeigt sich das erhöhte Anforderungsniveau vor allem im Rückgriff auf das umfangreiche und komplexe Material bzw. indirekt die Ergebnisse der beiden Teilaufgaben 2.1 und 2.2, sodass vernetztes Denken und ein reflektierter Überblick notwendig sind. Hintergrundwissen zur Situation in der Ukraine zum Zeitpunkt des Interviews und auch darüber hinaus kann von den Lernenden nicht erwartet werden, da dieses nicht explizit im LehrplanPLUS verankert ist.

Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen des Völkerrechts vor dem Hintergrund des „Epochenbruch[s]“ (Z. 27):

Möglichkeiten des Völkerrechts, z. B.:

- weitgehend akzeptierte Rechtsgrundlage im Verhältnis der internationalen Akteure untereinander;
- Grundsatz der souveränen Rechtsgleichheit der Staaten und der grundsätzlichen Gleichberechtigung der Staaten;
- Bindung der Mitglieder der Völkerrechtsverträge, -abkommen und -konventionen an die verhandelten Prinzipien und Inhalte;
- friedliche Streitbeilegung als Prinzip des Völkergewohnheitsrechts;
- System der kollektiven Sicherheit, mit Monopol zur Gewaltausübung bei den Vereinten Nationen außer Art. 51 der UN-Charta (vgl. „Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“);
- prinzipielle Offenheit des Völkerrechts, etwa durch Neuinterpretation oder Weiterentwicklungen, z. B. durch Verhängung militärischer und nicht-militärischer Maßnahmen auch gegen nicht-staatliche Organisationen („al-Qaida“);
- grundlegende Menschenrechtsnormen, z. B. Europäische Menschenrechtskonvention, als unveränderbares, universell gültiges Recht.

Grenzen des Völkerrechts, z. B.:

- mangelnde Sanktionierbarkeit von Völkerrechtsverstößen:
 - Konflikte auch zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, z. B. asymmetrische Kriegsführung,
 - offene Aufkündigung der internationalen Rechtsordnung, insbesondere durch ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats,
 - mangelnde Durchsetzbarkeit von Maßnahmen, etwa durch notwendige Mitgliedschaft bei Gerichtshöfen;

- Präzedenzfall für andere Staaten mit einer völkerrechtlich nicht legitimierten Agenda (vgl. „Epochenbruch“);
- Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols durch neue Gewaltakteure, z. B. international agierende Söldnergruppen;
- Neuauslegung des Selbstverteidigungsrechts durch einzelne Staaten bis hin zur präemptiven Kriegsführung;
- Gefahr der Fragmentierung des Völkerrechts, etwa durch Normenkollisionen oder Kompetenzkonflikte.

Die Schülerinnen und Schüler berücksichtigen den „Epochenbruch“ in ihren Überlegungen, indem sie den russischen Angriffskrieg als offenen Verstoß gegen das Völkerrecht erkennen.

Aufgabe 3

Bewerten Sie die Rolle der Medien als Akteure der internationalen Politik anhand selbstgewählter Beispiele!

Die Schülerinnen und Schüler ...

- untersuchen an einem Beispiel **die Bedeutung der Medien und der Öffentlichkeit für die Gestaltung der internationalen Zusammenarbeit, um deren Rolle als Akteure in der internationalen Politik** ggf. in einem Beitrag zu einer Online- oder Podiumsdiskussion **zu bewerten**.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- **Einfluss der Öffentlichkeit und der Medien**, z. B. Reaktion auf den Klimawandel, internationale Konflikte, Migration

Mit dem Operator „bewerten“ wird die Anforderungsebene III verdeutlicht, die in diesem Fall eine Darstellung der Rolle der Medien in selbstgewählten Beispielen und ein eigenständiges Urteil darüber verlangt, was dem erhöhten Anforderungsniveau entspricht. Durch die freie Wahl der Beispiele kann dem Aktualitätsprinzip des Faches Rechnung getragen werden. Dabei können unterschiedliche Aspekte mit verschiedenen Beispielen belegt werden.

Bewertung der Rolle der Medien als Akteure der internationalen Politik anhand selbst gewählter Beispiele, z. B.:

- Beitrag zu Transparenz und Meinungspluralismus in einer globalen Öffentlichkeit, etwa Darstellung unterschiedlicher Positionen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels;
- Missbrauch von Medien für Propagandazwecke und gezielte Desinformation, insbesondere in Diktaturen, etwa Nordkorea;
- Agenda Setting, d. h. Setzen medialer Schwerpunkte auch durch Einfluss auf öffentliche Wahrnehmung, z. B. Umfang der Berichterstattung über Boulevardthemen im Gegensatz zu so genannten „vergessenen“ Krisen wie die Situation der Frauen in Afghanistan oder der Dürre in Somalia;
- Aufdecken von Skandalen und Missständen durch investigativen Journalismus;
- problematische Verzerrungseffekte durch Filterblasen, Algorithmen in den Sozialen Medien und Framing;

- Perspektivität und Reichweite als zentrale Kriterien für den Einfluss unterschiedlicher Medien auf die Öffentlichkeit, etwa Publikationsorgane einzelner, regionaler Gruppen im Gegensatz zu etablierten, international wirksamen Medienhäusern;
- öffentlichkeitswirksame Vermittlung politischer und wirtschaftlicher Interessen durch Unterhaltungssendungen und Influencerinnen bzw. Influencer, z. B. in den Bereichen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Konsumverhalten;
- Mobilisierung der Öffentlichkeit durch massenmedial forcierten Handlungsdruck, z. B. Unterstützung bei Naturkatastrophen, Waffenlieferungen oder Verbreitung von Feindbildern;
- aktive Konfliktverschärfung durch Art der Berichterstattung, z. B. Alarmismus in Medien, etwa durch ständige Warnungen vor Migration.

Die Schülerinnen und Schüler erkennen vielfältige Möglichkeiten der Medien, auf die internationale Politik aktiv und passiv Einfluss zu nehmen, und differenzieren ihre Bewertung anhand der selbst gewählten Beispiele. Unterschieden werden kann in der Antwort auch nach freien Medien gegenüber Medien als Machtinstrument autoritärer oder diktatorischer Staaten.

Prüfungsteil B

Ausweitung zum Halbjahr 12/1

Aufgabe 1

Verfassen Sie einen Leserbrief, in dem Sie ausgehend von den Überlegungen des Autors den Aufbau einer Europäischen Armee bewerten!

LB 12.2: Das europäische Projekt verstehen und mitgestalten

Die Schülerinnen und Schüler...

- **beurteilen unter Zuhilfenahme aktueller Beispiele Strukturen, Möglichkeiten und Grenzen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU** und wägen dabei ab, inwieweit sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann.

Inhalte zu den Kompetenzen

- EU als Akteur der internationalen Politik, z. B. Hoher Vertreter bzw. Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, **GSVP, Diskussion um eine europäische Armee**

Der Operator „bewerten“ in Aufgabe 1 entspricht der Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) und erweitert die Ebene des Sachurteils um die Ebene des Werturteils vor dem Hintergrund der Reflexion individueller und politischer Wertmaßstäbe. Dabei wird durch die Formulierung „ausgehend von“ darauf hingewiesen, dass der vorliegende Text Ausgangspunkt der anzustellenden Überlegungen ist, die Ausführungen der Lernenden aber über die im Material genannten Aspekte hinausweisen und weitere selbstständig angeführte Gesichtspunkte berücksichtigen müssen. Durch die Auswertung des Zeitungstextes findet auch die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) Berücksichtigung. Die formale und adressatenbezogene Gestaltung des Leserbriefs (z. B. erkennbarer Textbezug, Verweis und Reflexion angeführter Thesen, Meinungsbildung) fließt in die Bewertung mit ein. Für eine positive Bewertung ist keine vollständige Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig, vielmehr sind die gedankliche Durchdringung und überzeugende argumentative Darstellung entscheidend.

Verfassen eines Leserbriefs mit Bewertung des Aufbaus einer Europäischen Armee ausgehend von den Überlegungen des Autors Christian Kerl:

Aspekte, die für den Aufbau einer EU-Armee sprechen, z. B.:

- Erhöhung der Handlungsfähigkeit der EU durch europäische Armee (vgl. Text);
- Kosten der nationalen Armeen der Mitgliedstaaten der EU (vgl. Text);
- Ineffizienz in der Zusammenarbeit der nationalen Armeen aufgrund hoher Komplexität und der daraus resultierenden Fähigkeitslücken (vgl. Text);
- kaum Fortschritte in der Zusammenarbeit der nationalen Armeen (z. B. im Rahmen der PESCO-Initiative) (vgl. Text);
- gemeinsame Armee als Beleg für den geopolitischen Anspruch der EU (vgl. Text);
- Entlastung der NATO (vgl. Text);
- Stärkung der Idee des vereinten Europas durch eine gemeinsame Armee (vgl. Text).

Aspekte, die gegen den Aufbau einer EU-Armee sprechen, z. B.:

- einschneidender Verzicht auf nationale Souveränität bei den Mitgliedsstaaten (vgl. Text);
- bereits ausreichende militärische Komponente der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), z. B. Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe;
- Konkurrenz zur NATO-Mitgliedschaft der meisten Mitgliedsländer der EU;
- unterschiedlich große Unterstützung der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten, auch aufgrund divergierender finanzieller Ressourcen;
- ambivalente Erfahrungen aus den militärischen Einsätzen der GSVP-Missionen zur Konfliktbewältigung;
- langwieriger politischer und organisatorischer Prozess bis zum Aufbau einer Europäischen Armee.

Die Schülerinnen und Schüler gelangen ausgehend von Argumenten des Textes zu einer eigenständigen begründeten Position. Die situative Einbettung der Aufgabenstellung wird von den Lernenden in angemessener Art und Weise berücksichtigt.

Aufgabe 2

Beurteilen Sie, inwiefern sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann!

LB 12.2: Das europäische Projekt verstehen und mitgestalten

Die Schülerinnen und Schüler...

- beurteilen unter Zuhilfenahme aktueller Beispiele Strukturen, Möglichkeiten und Grenzen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und **wägen dabei ab, inwieweit sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- **EU als Akteur der internationalen Politik**, z. B. Hoher Vertreter bzw. Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, GSVP, Diskussion um eine europäische Armee

Mit dem Operator „beurteilen“ in Aufgabe 2 wird die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) verdeutlicht, die in diesem Fall von den Schülerinnen und Schülern ein eigenständiges Urteil verlangt. Die Perspektive der Aufgabe 1 mit der Fokussierung einer europäischen Armee und damit insbesondere militärstrategischer Überlegungen wird in dieser Aufgabe deutlich geöffnet. Der neue Zusammenhang der generellen Rolle der EU in der internationalen Politik erfordert von den Lernenden, weitere relevante Aspekte in ihr Urteil einzubeziehen und nicht im militärstrategischen Blickwinkel zu verharren. Deshalb sollten sich Redundanzen höchstens minimal ergeben, wenn die Diskussion um eine europäische Armee erwähnt wird. Für eine positive Bewertung ist keine vollständige Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig, vielmehr sind die gedankliche Durchdringung und überzeugende argumentative Darstellung entscheidend.

Beurteilung einer Positionierung der EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik, z. B.:

Aspekte, die für eine Positionierung sprechen, z. B.:

- Selbstverständnis der EU als Wertegemeinschaft verknüpft mit weltweitem Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Frieden;
- vorhandener internationaler Einfluss der EU, u. a. aufgrund der Bevölkerungszahl und der diplomatischen Vernetzung;
- weltweiter Einfluss der EU durch globale Vernetzung aufgrund der Wirtschaftskraft und als größter Binnenmarkt;
- bedeutende Rolle von EU-Mitgliedsstaaten in internationalen Organisationen, z. B. UNO;
- Notwendigkeit einer eigenständigen und handlungsfähigen europäischen Sicherheitspolitik angesichts vielfältiger äußerer Bedrohungen;
- Anknüpfungspunkte zur Intensivierung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, etwa Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik.

Aspekte, die gegen eine Positionierung sprechen, z. B.:

- fehlende Einigkeit angesichts der mitunter heterogenen sicherheitspolitischen Interessenlage der EU-Staaten;
- mangelnde Bereitschaft einiger EU-Staaten zu einem weitergehenden Souveränitätsverzicht angesichts aktueller Nationalisierungstendenzen;
- Überforderung der EU durch nötige Reform des Institutionengefüges zur Sicherung einer effektiven, supranationalen Außenpolitik;
- große machtpolitische Unterschiede zwischen den EU-Staaten, z. B. Frankreich und Malta, und im Vergleich zu Mächten wie USA oder China;
- organisatorische Konkurrenz in der Sicherheitsarchitektur zwischen NATO und EU, z. B. drohende Spaltung der NATO durch neuen europäischen Schwerpunkt einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik;
- bedingte Erfolge durch bisherige Konzentration auf wirtschaftliche und zivile Maßnahmen.

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu einem abschließenden individuellen Urteil.

Prüfungsteil B

Ausweitung zum Halbjahr 12/2

Aufgabe 1

Beurteilen Sie anhand des Verfassungsschemas der Französischen Republik die Umsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung!

LB 12.4: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- analysieren anhand von Schaubildern parlamentarische, semipräsidentielle sowie präsidentielle Systeme und untersuchen die jeweiligen Ausprägungen der Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung, um grundlegende Unterschiede und Gemeinsamkeiten demokratischer Modelle zu reflektieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Unterschiede und Gemeinsamkeiten parlamentarischer, semipräsidentieller und präsidentieller Demokratien, u. a. Legitimationskette, Abhängigkeit von Parlament und Regierung

Mit dem Operator „beurteilen“ in Aufgabe 1 wird die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) verdeutlicht, die in diesem Fall von den Schülerinnen und Schülern ein eigenständiges kriteriengeleitetes Urteil verlangt. Dabei wird durch die Formulierung „anhand des“ darauf hingewiesen, dass das vorliegende Verfassungsschema Grundlage der anzustellenden Überlegungen ist, da bei den Lernenden keine weiteren Kenntnisse vorausgesetzt werden können. Durch die Analyse des Verfassungsschemas findet auch die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) Berücksichtigung. Durch den inhaltlichen Schwerpunkt „Gewaltenteilung“ als Untersuchungsgegenstand werden die Ausführungen der Schülerinnen und Schüler fokussiert. Für eine positive Bewertung ist keine vollständige Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig, vielmehr sind die gedankliche Durchdringung und überzeugende argumentative Darstellung entscheidend. Das erhöhte Anforderungsniveau zeigt sich hier im komplexeren semipräsidentiellen Regierungssystem Frankreichs.

Beurteilung der Umsetzung der Gewaltenteilung ausgehend vom Verfassungsschema der Französischen Republik, z. B.:

- Umsetzung der horizontalen Gewaltenteilung durch Aufteilung der staatlichen Gewalt in Frankreich in Legislative, Exekutive und Judikative:
 - Verfassungsgerichtsbarkeit als judikatives Kontrollorgan,
 - geteilte Exekutive bestehend aus Präsidentin bzw. Präsident mit weitgehenden Machtbefugnissen und Premierministerin bzw. Premierminister,
 - Zwei-Kammern-System in der Legislative mit direkt gewählter Volksvertretung (Nationalversammlung) und Vertretung von Gebieten (Senat),
 - Gewaltenverschränkung mit unterschiedlicher Ausprägung in Frankreich, etwa durch Bestimmung der Judikative durch andere Verfassungsorgane;
- regelmäßige Wahlen (temporale Gewaltenteilung);

- Formen der vertikalen Gewaltenteilung, z. B. durch Senat als Vertreter der Regionen, Departments und Gemeinden.

Die Schülerinnen und Schüler kommen zu dem Schluss, dass in Frankreich das Prinzip der Gewaltenteilung in unterschiedlichen Formen, etwa durch die horizontale und temporale Gewaltenteilung umgesetzt wird, aber gleichzeitig die Exekutive durch die starke Position der Präsidentin bzw. des Präsidenten hervorgehoben ist.

Aufgabe 2

Nehmen Sie zur Umsetzung des Prinzips der Volkssouveränität im politischen System Frankreichs Stellung, indem Sie diese mit der Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland vergleichen!

LB 12.4: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- analysieren anhand von Schaubildern parlamentarische, semipräsidentielle sowie präsidentielle Systeme und untersuchen die jeweiligen Ausprägungen der Gewaltenteilung und Gewaltenschränkung, um grundlegende Unterschiede und Gemeinsamkeiten demokratischer Modelle zu reflektieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Unterschiede und Gemeinsamkeiten parlamentarischer, semipräsidentieller und präsidentieller Demokratien, u. a. Legitimationskette, Abhängigkeit von Parlament und Regierung

Mit dem Operator „Stellung nehmen“ in Aufgabe 2 findet die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) Berücksichtigung. Das individuelle Urteil wird auf Grundlage eines Vergleichs der beiden Regierungssysteme getroffen. Der Operator „vergleichen“ ist in der Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) verankert und verlangt von den Schülerinnen und Schülern auf Grundlage ihrer Fachkenntnisse zu parlamentarischen und semipräsidentiellen Regierungssystemen, die auf der Anforderungsebene I (Reproduktion) verankert sind, die Regierungssysteme miteinander anhand eines Aspekts zu vergleichen. Dabei greifen sie im Fall des Regierungssystems Frankreichs auf das Verfassungsschema aus Aufgabe 1 zurück (Anforderungsebene II, Reorganisation und Transfer). Durch den Gesichtspunkt „Volkssouveränität“ als Untersuchungsgegenstand werden die inhaltlichen Ausführungen der Schülerinnen und Schüler klar fokussiert und es ergibt sich eine deutlich veränderte Perspektive im Hinblick auf Aufgabe 1. Für eine positive Bewertung sind die gedankliche Durchdringung und die überzeugende argumentative Darstellung entscheidend. Die Verwendung korrekter Fachtermini ist für die Aufgabenstellung besonders relevant.

Stellungnahme hinsichtlich der Umsetzung des Prinzips der Volkssouveränität im in M 1 beschriebenen politischen System Frankreichs im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland, z. B.:

- direkte Wahl der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Republik Frankreich im Unterschied zur indirekten Wahl der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung;
- Wahl der Nationalversammlung mit der Wahl zum Bundestag vergleichbar;

- Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Regionen, Departments und Gemeinden mit den Wahlen auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene vergleichbar;
- Senat als indirekt legitimiertes Verfassungsorgan mit dem Bundesrat vergleichbar;
- Abstimmung über Referenden auf gesamtstaatlicher Ebene nur in Frankreich möglich;
- notwendige Beteiligung an der Initiative für Referenden durch das Parlament;
- indirekte Legitimation des Verfassungsrats und des Bundesverfassungsgerichts vergleichbar.

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zum abschließenden Fazit, dass das Prinzip der Volkssouveränität sowohl im semipräsidentiellen als auch im parlamentarischen Regierungssystem umgesetzt ist, wobei in Frankreich Formen der direkten Mitbestimmung, etwa die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten und die Abhaltung von Referenden, eine größere Bedeutung zukommt.

Prüfungsteil B

Ausweitung zum Halbjahr 13/1

Aufgabe 1

Beurteilen Sie vor dem Hintergrund einer Analyse, inwiefern die Karikatur für die digitale Pinnwand geeignet ist!

LB 13.2 Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- identifizieren offene und verdeckte Hierarchien zwischen den Geschlechtern am Beispiel des Berufslebens, um die Wirksamkeit politischer Maßnahmen zum Abbau von Sexismus zu reflektieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Geschlechterrollen im Wandel: Hierarchien zwischen den Geschlechtern, Emanzipation
- Definition von Sexismus, Beispiele aus der Arbeitswelt und staatliche Gegenmaßnahmen, z.B. Quotenregelungen.
- Benachteiligung von Frauen im Berufsleben, u.a. Gender Pay Gap, und politische Maßnahme zum Abbau von Sexismus im Berufsleben.

Die Aufgabe erfordert durch den Operator „beurteilen“ die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung). Die Formulierung „ausgehend von einer Analyse“ weist darauf hin, dass das geforderte Urteil auf Grundlage der Analyse von M 1 gefällt werden muss, sodass die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) bedingt integriert wird. Damit wird in der Aufgabe auch die Sozialwissenschaftliche Methodenkompetenz überprüft. Die Schülerinnen und Schüler wägen differenziert Argumente ab, die für und gegen eine Eignung der Karikatur sprechen, und kommen so zu einem begründeten Urteil. Dabei müssen sie den situativen Rahmen, insbesondere die Darstellungsform („digitale Pinnwand“) und das Zielpublikum („Ihr Kurs“) berücksichtigen. Gattungsspezifische Besonderheiten der Karikatur können mit einbezogen werden. Für eine positive Bewertung ist keine vollständige Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig, vielmehr sind die gedankliche Durchdringung und überzeugende argumentative Darstellung entscheidend.

Analyse der Karikatur:

- erhöhter Sessel als Symbol für beruflichen Aufstieg und Erlangen einer Führungsposition;
- Visualisierung der vermeintlich gleichen Zugangsvoraussetzungen durch gleich hohe Leitern;
- auf der linken Seite ein auf einer intakten Leiter leichtfüßig und ungestört hochkletternder Mann mit Aktentasche gegenüber einer auf der rechten beschädigten Leiter mühsam hochkletternden Frau mit Dokumentenmappe;
- Erschwernis des Aufstiegs der zurückblickenden Frau auf der brüchigen Leiter durch weinende Kinder und Haushaltsgegenstände als Zeichen für die ungleichen Chancen von Frauen bei der Erlangung von Führungspositionen durch Übernahme von Haushalt und Kindererziehung.

Beurteilung der Eignung der Karikatur für die digitale Pinnwand:

Die Eignung der Karikatur stützende Aspekte, z. B.:

- treffende Abbildung der tatsächlich häufigeren und umfangreicheren Übernahme von Care- und Hausarbeit durch Frauen;
- passende Veranschaulichung der Chancenungleichheit von Männern und Frauen bei der Erlangung von Führungspositionen;
- facettenreiche Illustration der vielfältigen Aspekte der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen im Bereich von Erziehung, Haushalt und Arbeitswelt.

Die Eignung der Karikatur einschränkende Aspekte, z. B.:

- fehlende Abbildung weiterer Aspekte der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt, wie häufigere Teilzeitbeschäftigung von Frauen, sog. Gender-Pay-Gap, Sexismus;
- keine Darstellung die Gleichheit der Geschlechter fördernder politischer Maßnahmen, wie Quotenregelungen;
- nur bedingte Berücksichtigung vorhandener gesellschaftlicher Bestrebungen zur Veränderung klassischer Geschlechterrollen.

Die Schülerinnen und Schüler kommen zu dem Ergebnis, dass die Karikatur durchaus geeignet ist, um vorhandene soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt auf der digitalen Pinnwand abzubilden. Dabei berücksichtigen sie den vorgegebenen situativen Rahmen in angemessener Art und Weise.

Aufgabe 2**Bewerten Sie, inwiefern die Kernaussage der Karikatur durch die zunehmende Digitalisierung weiterhin Gültigkeit behält!**

LB 13.2 Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- diskutieren die durch die Digitalisierung der Arbeitswelt entstehenden Herausforderungen und Chancen für das Individuum und die Gesellschaft, um die Ergebnisse bei der eigenen beruflichen Orientierung zu berücksichtigen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Herausforderungen und Chancen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt, u. a. Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort, Vermischung von beruflichem und privatem Bereich, lebenslanges Lernen
- durch Robotik und KI verursachte Herausforderungen in der Arbeitswelt, z. B. Abhängigkeit von Technik, unklare Zuordnung von rechtlicher Verantwortung, Gefahr der Diskriminierung durch Algorithmen, Folgen für den Arbeitsmarkt

Der Operator „bewerten“ signalisiert die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung). Die Schülerinnen und Schüler kommen auf Grundlage einer differenzierten Reflexion ausgewählter, durch die Digitalisierung verursachter Entwicklungen zu einem begründeten individuellen Urteil. Für eine positive Bewertung ist keine vollständige Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig, vielmehr sind die gedankliche Durchdringung und überzeugende argumentative Darstellung entscheidend. Das erhöhte Anforderungsniveau wird in dieser Erweiterungsaufgabe durch die

zusätzliche zweite Aufgabe deutlich, die mit der „Digitalisierung“ außerdem einen neuen inhaltlichen Kontext vorgibt.

Diskussion der Aussagekraft der Karikatur M 1 auch angesichts der Digitalisierung der Arbeitswelt:

Die bestehende Aussagekraft der Karikatur stützende Aspekte, z. B.:

- gegenwärtig eindeutige Kontinuität klassischer Rollenbilder, gerade bei Arbeit im Homeoffice trotz Tendenzen zur Veränderung;
- eher geringere Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort bei Führungskräften;
- Gefahr der Diskriminierung von Frauen durch Algorithmen;
- Notwendigkeit der stetigen Fort- und Weiterbildung (lebenslanges Lernen) im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt als Herausforderung für häufiger in Teilzeitmodellen und mit Kindererziehung beschäftigten Frauen;
- Bedeutungsgewinn bestimmter, gegenwärtig häufiger von Männern gewählter Berufsfelder und Studiengänge, etwa IT-Branche.

Die bestehende Aussagekraft der Karikatur einschränkende Aspekte, z. B.:

- zunehmende Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort durch Digitalisierung der Arbeitswelt als Chance für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer;
- Möglichkeit anonymer und damit nicht geschlechtsspezifischer Bewerbungsverfahren im Zuge der Digitalisierung;
- Wegfall bestimmter beruflicher Tätigkeiten für alle Geschlechter durch Digitalisierung, Robotik und KI.

Die Schülerinnen und Schüler kommen zu dem Ergebnis, dass die Karikatur trotz der durch die Digitalisierung der Arbeitswelt entstehenden Neuerungen aufgrund des Fortbestands von Chancenungleichheit zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt ihre grundsätzliche Aussagekraft behält.

Prüfungsteil B

Ausweitung zum Halbjahr 13/2

Aufgabe 1

Verfassen Sie mit Hilfe des Auszugs aus dem Zeitungsartikel einen Vortragstext, in dem Sie ausgehend von den Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshof die Bedeutung seiner Tätigkeit beurteilen!

LB 13.5 Internationale Konfliktbearbeitung vor dem Hintergrund des Völkerrechts reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- untersuchen den Internationalen Strafgerichtshof als Beispiel einer völkerrechtlichen Institution, um die Bedeutung seiner Rechtsetzung vor dem Hintergrund nationaler Souveränität zu beurteilen und dessen Einsatz für Menschenrechte wertzuschätzen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Aufbau und Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofs und der Einfluss seiner Rechtsetzung

Das Verb „verfassen“ weist darauf hin, dass die Aufgabe die Erstellung eines Textes erfordert, der die in der Aufgabenstellung formulierten Inhalte und Operatoren berücksichtigt. Der Operator „beurteilen“ erfordert Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung). Verlangt wird angesichts der Situierung die Verschriftlichung einer mündlichen Darstellungsform im Sinne eines Skripts für den Vortragstext. Mit der Formulierung „Vortragstext“ erfolgt gezielt eine deutliche Abgrenzung von der im Fach Deutsch verorteten stilistisch und sprachlich anspruchsvollen Schreibform Rede. Die stimmige Verwendung einiger Merkmale eines Vortragstext soll bei der Bewertung entsprechend berücksichtigt werden. Inhaltlich muss zum einen die Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofs angeführt werden, zum anderen ein begründetes Urteil beinhaltet sein. Grundlage der Ausführungen bildet dabei das Material, so dass sich der Inhalt des Vortragstextes konkret auf das Beispiel der Philippinen bezieht, auch wenn eine Analyse des Textes von der Aufgabe nicht verlangt wird.

Verfassen eines Vortragstextes ausgehend vom Zeitungstext mit Beurteilung der Bedeutung der Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs ausgehend von seinen Zuständigkeiten, z. B.:

- Ermittlungen zu Menschenrechtsverletzungen unter Präsident Duterte während seiner Zugehörigkeit zum Internationalen Strafgerichtshof trotz nachträglichen Austritts der Philippinen aus dem Internationalen Strafgerichtshof (vgl. Text);
- Stärkung und Unterstützung der Position und Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und Opferverbänden durch strafrechtliche Verfolgung und Konsequenzen (vgl. Text);
- starkes Signal für die Verurteilung von schweren internationalen Verbrechen, wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf den Philippinen, durch die internationale Gemeinschaft (vgl. Text);
- Verfolgung internationaler Verbrechen, wie dem Verüben eines Angriffskrieges, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen, in den den Internationalen Strafgerichtshof unterstützenden Staaten;

- Subsidiarität im Hinblick auf nationale Strafverfolgungsbehörden und Tätigwerden nur auf Antrag eines Vertragsstaates oder des UN-Sicherheitsrats;
- zentrale Bedeutung für Verhütung, Ermittlung und gerichtliche Verfolgung schwerer internationaler Verbrechen auch mit zeitlichem Abstand zu den Straftaten;
- Einschränkung der Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs durch fehlende Kooperation einiger Staaten, wie etwa USA oder Russland;
- rein justizielles Instrument ohne Mandat zur unmittelbaren Beendigung der Verbrechen.

Die Schülerinnen und Schüler kommen zu dem Urteil, dass der Internationale Strafgerichtshof trotz der Einschränkung seiner Handlungsmöglichkeiten und Zuständigkeiten, eine bedeutende völkerrechtliche Institution zum Schutz der Menschenrechte ist. Bei der Erstellung ihres Textes berücksichtigen sie den situativen Rahmen in angemessener Art und Weise.

Aufgabe 2

Diskutieren Sie ausgehend vom Zeitungsartikel und dem Zitat, die Einflussmöglichkeiten nichtstaatlicher Organisationen (NGOs), wie Human Rights Watch, auf die Durchsetzung der Menschenrechte am Beispiel der Philippinen!

LB 13.5 Internationale Konfliktbearbeitung vor dem Hintergrund des Völkerrechts reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- **untersuchen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Rolle von NGOs, IGOs und Wirtschaftsunternehmen in der internationalen Politik, um den Einfluss nicht staatlicher transnationaler Akteure in Abgrenzung zu staatlichen Akteuren zu diskutieren.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- **staatliche, transnationale sowie supranationale Akteure der internationalen Politik sowie ausgewählte Beispiele für IGOs, NGOs und Wirtschaftsunternehmen**

Der Operator „diskutieren“ signalisiert Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung). Die Schülerinnen und Schüler entwickeln eine differenzierte Argumentation, die Chancen und Grenzen der Einflussmöglichkeiten nicht-staatlicher Organisationen berücksichtigt und zu einer begründeten Bewertung führt. Die Formulierung „ausgehend vom“ zeigt an, dass das Material (Zeitungsartikel und Zitat) den Ausgangspunkt der anzustellenden Überlegungen bildet, die Ausführungen der Schülerinnen und Schüler aber über diese Aspekte hinausgehen und auch weitere selbstständig angeführte Gesichtspunkte berücksichtigen. Dem erhöhten Anforderungsniveau wird durch diese zweite Aufgabe Rechnung getragen.

Diskussion der Einflussmöglichkeiten nicht-staatlicher Organisationen (NGOs) auf die Durchsetzung der Menschenrechte am Beispiel der Philippinen ausgehend vom Zeitungsartikel und dem Zitat, z. B.:

- **einerseits** Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen und Opferverbänden sowie betroffener Regionen und Bevölkerungsgruppen (vgl. Text);
- regierungsunabhängiger und recht unbürokratischer Einsatz für Menschenrechte, z. B. Dokumentation von Zeugenaussagen und Opferzahlen;
- Erzielen und Verstärkung internationaler und zivilgesellschaftlicher Aufmerksamkeit etwa für soziale und ökologische Missstände, Krisenregionen und

Menschenrechtsverletzungen durch öffentlichkeitswirksame Recherche und Berichte von Sachinformationen;

- Beeinflussung politischer Verhandlungen und Entscheidungsprozesse etwa durch Teilnahme an internationalen Konferenzen oder Bereitstellung von Informationen;
- Kontrolle von Regierungen und internationalen Organisationen durch Bekanntmachung von Entscheidungsprozessen und Misständen.
- **andererseits** massive Einschränkung oder Verbot der Arbeit, insbesondere in Diktaturen;
- mangelnde demokratische Legitimation der NGOs;
- Fehlen einer offiziellen Entscheidungs- bzw. Handlungskompetenz;
- eingeschränkte Aufmerksamkeit für weniger öffentlichkeitswirksame oder komplexe Anliegen.

Die Schülerinnen und Schüler erkennen am Beispiel der Situation auf den Philippinen, dass NGOs die Arbeit anderer internationaler Organisationen zwar gewinnbringend unterstützen, dabei aber nur im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten wirksam handeln können.